Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 215 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Samstag, den 13. September | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Landmanns Sonntagsblatt", „Herd und Scholle", — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg ist von seinem Sommerraub aus Bayern wieder in Berlin eingetroffen.

* Der Rest des noch im Saargebiet zurückgebliebenen französischen Bahnschutzes wird nach einem Beschluß des Völkerbundes in drei Monaten zurückgezogen.

* In Berlin wurde die Internationale Postwertzeichenausstellung eröffnet, auf der überaus kostbare Marken gezeigt werden.

* In Prag ereigneten sich heftige italienfeindliche Angriffe infolge der Erbitterung wegen der kürzlichen Hinrichtung tschechoslowakischer Staatsangehöriger in Triest aus politischen Gründen.

Heißes Ringen.

Ein altes Lied. — Vage Hoffnungen. — Suchende Wähler. — Der letzte Appell.

Eine Abrüstungsfanfare ist wieder von Genf aus in die Welt geschmettert worden. Henderson, Englands Außenminister, hat sich für die Abrüstung mit einem Elan eingesetzt, den man sonst an den bedachten, kühl abwägenden Briten kaum kennt. Es ist eigentlich ein altes Lied, das in Genf schon oft, fast bis zur Ermüdung, gesungen worden ist. Aber diesmal klang es wieder besonders eindrucksvoll, so daß es doch im Ohr haftenblieb. „Die Abrüstung ist eine Pflicht für den Völkerbund, und das im Pakt gegebene Versprechen ist seit elf Jahren noch nicht eingelöst." Das stellte Henderson vor den in Genf versammelten zahlreichen Außenministern mit Nachdruck fest. Seine Ausführungen schienen besonders an seinen französischen Kollegen Briand gerichtet zu sein, der kurz zuvor mit der ihm eigenen Eleganz für seine Europapläne eine Lanze zu brechen suchte. Es war also wieder ein Duell zwischen Frankreich und England, ein Zweikampf, wie er schon während der ganzen Abrüstungsverhandlungen geführt wird, bei dem es vor allem um die Frage geht, ob erst die Abrüstung erfolgen solle, damit der Krieg verschwinde und die friedliche Entwicklung der Völker gesichert ist, oder ob erst Sicherheiten für den jetzigen Bestand der Ländergrenzen gegeben werden müßten, bevor man allgemein an die Abrüstung gehen könne. Um zwei Anschauungen wird hier heiß gerungen. Auf der einen Seite steht England, unterstützt von Deutschland und Italien, die zunächst die Abrüstung wünschen, in deren Folge die Sicherheit des Friedens als selbstverständlich gegeben ist, auf der anderen Seite Frankreich mit seinen Gesinnungsfreunden, die erst der Sicherheit das Wort reden, um dann — vielleicht — zur Abrüstung zu kommen. Henderson hat in seiner vielbeachteten Rede der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß die Abrüstungskommission im November ihre Aufgabe voll erfüllen wird". Diese Hoffnung ist allerdings sehr vage, wenn man weiß, daß Frankreich an seinen Rüstungen nicht rütteln lassen wird, und der Völkerbund müßte schon ganz andere Geschütze als bisher auffahren, wenn er seinen Willen Frankreich gegenüber durchsetzen will.

*

Die Genfer Fanfare hat beinahe den Wahlkampf in Deutschland übertönt, der nun an seinem Ende angelangt ist. „Dieser letzten Wochen Qual war groß," kann man ein bekanntes Schillerwort abwandeln, wenn man diesen Kampf jetzt überschaut. Groß für die Wahlkandidaten, die Abend für Abend die Massen für ihre Ideen zu begeistern suchten und mit ihren politischen Gegnern den Degen kreuzen mußten; groß auch für die suchenden Wähler, die oft in drangvoll fürchterlicher Enge die Ergüsse der Werbenden über sich ergehen lassen mußten, um sich hinterher wie der grübelnde Faust einzugestehen, daß sie „so klug als wie zuvor" seien. Mancher wird in seiner Verzweiflung überhaupt nicht zur Urne gehen wollen, weil ihm dies und jenes an der Partei nicht gefällt, die er vielleicht gewählt haben würde, wenn dies und jenes anders wäre. Es wird aber selten ein Parteiprogramm geben, das vollkommen mit den Anschauungen und Wünschen eines nachdenkenden Wählers übereinstimmt; und so sollte man wenigstens der Partei seine Stimme geben, deren Wünsche und Ziele am ehesten den seinen entgegenkommen. Also man wähle! Es ist der letzte Appell, mit Hand anzulegen an der Gestaltung seines Vaterlandes. Man lasse auch hier den Reichspräsidenten als leuchtendes Vorbild der Pflichterfüllung scheinen, der seinen Urlaub in Bayern beendet hat, um an seinem Wohnsitz sein höchstes Bürgerrecht auszuüben.

*

Man hat im Wahlkampf viel geunkt, ist leider oft nicht davor zurückgeschreckt, dem politischen Gegner die tollsten Ungereimtheiten an den Rockschoß zu hängen. Und mit Wehmut fand man es bestätigt, daß ein altes Volkswort noch immer Wahrheit ist, daß nämlich nie so viel gelogen wird wie nach einer Jagd, während eines Krieges und vor einer Wahl. In Wahlzeiten geht es auch in anderen Ländern nicht immer fein zu. Jetzt aber, wo der Kampf beendet ist, seien diese Unstimmigkeiten aus dem Wege geräumt, seien sie vergessen. Bald liegt das Ergebnis des Kampfes vor. Und dann werden sich vielleicht die, die gestern noch Feinde waren, wieder zusammenschließen müssen, um an dem Wiederaufbau Deutschlands sachlich zu arbeiten. Heran ans Werk! Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!

Bahnschutz an der Saar verschwindet

Paneuropa und Abrüstung.

Sicherungen an der Saar.

Der Völkerbundrat in Genf trat erneut zusammen, um den Bericht des Italieners Scialoja über die endgültige Regelung der Bahnschutzfrage im Saargebiet entgegenzunehmen. In den vertraulichen Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung stattgefunden haben, war eine Vereinbarung zustande gekommen. Der Völkerbundrat beschloß einstimmig, den internationalen Bahnschutz im Saargebiet sowie die Eisenbahnkommission innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten aufzulösen.

Der Berichterstatter, der Italiener Scialoja, berichtete, dem Völkerbund über die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung, die zu der Einigung geführt hätten. Danach hat der vom Völkerbundrat am 10. September eingesetzte Ausschuß an die Saarregierung die Frage gerichtet, ob diese in der Lage sei, entsprechend dem Versailler Vertrag den Tansport und den Transit im Saargebiet zu sichern und unter welchen Bedingungen. Die Saarregierung hat darauf erklärt, sie sei in der Lage, die Verantwortung für die Sicherheit des Transports und des Transits auf den Eisenbahnen des Saargebietes im Falle einer Zurückziehung des internationalen Bahnschutzes in folgender Weise zu übernehmen:

Sie werde bei der Ausbildung und der Zusammensetzung der lokalen Gendarmerie der Notwendigkeit des Schutzes des Transports und des Transits im Saargebiet besonders Rechnung tragen. Sie werde einen besonderen Organismus bilden, für den die einleitenden Schritte bereits ergriffen seien, um vom technischen Standpunkte aus die Sicherheit des Transports und des Transits zu gewährleisten. Für den Fall von Unruhen habe sich die Saarregierung bereits das Recht vorbehalten, in Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages die notwendigen militärischen und technischen Kräfte kommen zu lassen, um den Eisbahnverkehr aufrechterhalten zu können.

Reichsaußenminister Dr. Curtius gab eine Erklärung ab, in der er den nunmehr ab 1. Januar hergestellten Zustand begrüßt. Zu dem dritten Punkt der Stellungnahme der Saarregierung habe Dr. Stresemann seinerzeit im Völkerbundrat bereits den deutschen Rechtsstandpunkt eingehend dargelegt. Es erübrige sich somit, auf diese Frage einzugehen, zumal der vorgesehene Fall nach Überzeugung des Dr. Curtius niemals eintreten werde. Briand gab der gleichen Meinung Ausdruck und gab die Zustimmung Frankreichs zu den Abmachungen bekannt. Damit sind die Völkerbundverhandlungen über die Saarfrage beendet.

Weltabrüstung verlangt.

Der französische Außenminister Briand hat an den Präsidenten der Völkerbundversammlung, Titulescu, ein Schreiben gerichtet, in dem er beantragt, die paneuropäische Frage auf die Tagesordnung der Völkerbundversammlung zu setzen.

Die paneuropäische Frage soll dem zuständigen Politischen Ausschuß überwiesen werden. In Konferenzkreisen wird erwogen, neben der Behandlung im Politischen Ausschuß einen Sonderausschuß der europäischen Mächte für die Behandlung der Frage einzusetzen. Es besteht übereinstimmend der Eindruck, daß die Ausschußverhandlungen sich auf die wirtschaftspolitischen Fragen Europas richten werden. Der südafrikanische Ministerpräsident Hertzog forderte mit großem Nachdruck ebenso wie Henderson die allgemeine Abrüstung. Das Wettrüsten der europäischen Staaten stelle die schwerste Gefährdung des Friedens dar. Die außereuropäischen Staaten erwarteten, daß die europäischen Großmächte jetzt endlich entscheidende Schritte auf dem Wege der Abrüstung ergriffen.

Der dänische Außenminister Munch beantragte in der Generalaussprache der Völkerbundversammlung im Namen von Holland, Norwegen, der Schweiz, Estland, Lettland, Finnland und Dänemark, der Völkerbundrat möge im Hinblick auf die verschiedenartige Auslegung der Meistbegünstigungsklausel die Mittel prüfen, um zu einer internationalen Regelung der Meistbegünstigung zu gelangen. Der dänische Außenminister verlangte, wie die meisten übrigen Redner, den Abschluß der vorbereitenden Abrüstungsarbeiten und die möglichst baldige Einberufung der Weltabrüstungskonferenz.

Kritik am Völkerbund.

Der Präsident der Völkerbundversammlung, Titulescu, gab am Freitag bekannt, daß die deutsche Abordnung beantragt habe, die Minderheitenfrage auf die Tagesordnung zu setzen und dem Politischen Ausschuß zu überweisen. Ferner habe die holländische Abordnung beantragt, auch die Abrüstungsfrage im Politischen Ausschuß zur Aussprache zu stellen.

In der Generalaussprache kritisierte der holländische Außenminister Beelarts scharf die bisherige Erfolglosigkeit der Völkerbundtätigkeit. Er führte den Nachweis, daß auf den verschiedenen politischen und wirtschaftspolitischen Gebieten wenig befriedigende Ergebnisse und sogar vielfach Mißerfolge zu verzeichnen seien. Insbesondere seien die Arbeiten auf dem Gebiete der Abrüstung trotz jahrelanger Verhandlungen keinen Schritt vorwärtsgekommen. Änderungen im Völkerbundsekretariat seien notwendig. Die heutige europäische Wirtschaftszollübertreibung verhindere jede wirtschaftliche Gesundung Europas. Ein Erfolg werde jedoch nur möglich sein, wenn das Gefühl für die internationale Zusammengehörigkeit der Völker lebendig werde.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Klage gegen das Reich wegen des Maismonopols.

Der Schutzverband der Getreidehändler in Hamburg hat an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Aufforderung zur Bezahlung des einem dortigen Importeur entstandenen Schadens gerichtet, welcher durch die Einführung des Maismonopols erwachsen ist. Der Reichsminister hat die Anerkennung des Anspruches auf Entschädigung abgelehnt. Der Schutzverband der Getreidehändler, dem die Forderung zediert worden ist, hat seinen Anwalt beauftragt, die Klage gegen das Reich in Berlin anhängig zu machen.

Deutsch-türkischer Handelsvertrag.

Im Auswärtigen Amt zu Berlin wurden zwischen dem Statssekretär von Bülow und dem türkischen Botschafter Exzellenz Kemalettin Sami Pascha die Ratifikationsurkunden zu dem zwischen dem Deutschen Reich und der Türkischen Republik am 27. Mai 1930 in Angora abgeschlossenen Handelsvertrag ausgetauscht. Der Vertrag wird am 26. September 1930 in Kraft treten.

Erhöhte Reichsbahnaufträge an den Stahlwerksverband.

Wie das Reichsverkehrsministerium mitteilt, ist durch die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft das Reichsbahnzentralamt nunmehr beauftragt worden, dem Stahlwerksverbande mit September beginnend monatlich 50 000 Tonnen Oberbaustoffe (statt bisher nur 20 000 Tonnen) zur Lieferung in Auftrag zu geben.

Fürsorgebelastung der Gemeinden.

Die anhaltende Erwerbslosigkeit macht die Gemeinden in zunehmendem Maße zu Trägern der Fürsorge. Von den Wohlfahrtsämtern der Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern (die zusammen 25 Millionen Einwohner haben), wurden am 31. August insgesamt 445 000 Wohlfahrtserwerbslose betreut; davon 47 000 durch Zuweisung gemeindlicher Fürsorgearbeit. Gegenüber dem Juli (404 000) errechnet sich eine Steigerung um 9,9 Prozent, während die Zahl der in Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge Unterstützten im Reich in der gleichen Zeit nur um 2,4 Prozent anstieg. Der Kreis der Wohlfahrtserwerbslosen in den genannten Städten ist damit heute bereits größer als der der gesamten Krisenfürsorge im Reich. Außer den Wohlfahrtserwerbslosen hatten die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern 49 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung laufend zusätzlich zu unterstützen.

Deutsch-österreichische wirtschaftliche Annäherung.

Der demnächst zusammentretende Österreichische Nationalrat soll als eine der ersten zu behandelnden Vorlagen den im Frühjahr zwischen Österreich und Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrag ratifizieren. In österreichischen Wirtschaftskreisen vertritt man die Ansicht, daß darüber hinaus versucht werden sollte, zu einem engen wirtschaftlichen Verhältnis mit Deutschland zu gelangen. Es wird auf die Beratungen verwiesen, die über den Ausbau der österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen stattfanden, und der Meinung Ausdruck gegeben, daß in naher Zeit solche Besprechungen auch hinsichtlich der österreichisch-deutschen Verhältnisse anberaumt werden dürften.

Aus In- und Ausland

Berlin. Vom Amte suspendiert wurden die beiden Studienräte an der Siemens-Oberrealschule Charlottenburg Dr. Schmidt und Zander, die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sind.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg ist nach Abschluß seines Ferienaufenthaltes in Dietramszell, von München kommend, auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen.

Berlin. Die italienische Telegraphenverwaltung will den Siemenswerken größere Aufträge auf Lieferungen für Fernsprecheranlagen erteilen.

Perleberg. Hier kam es zu blutigen Wahlzusammenstößen zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. 40 Personen wurden verletzt.

Der Reichshaushalt für 1931.

Ledigensteuer soll bestehen bleiben.

Die im Reichsfinanzministerium in Angriff genommenen Arbeiten zur Feststellung des Reichshaushalts für das Jahr 1931 sind jetzt so weit vorgeschritten, daß die ersten Einzelheiten bekannt werden. Der Gesamthaushalt soll eine Milliarde weniger umfassen als der laufende Etat für 1930, dem allerdings noch die endgültige Genehmigung des Reichstages fehlt.

Auf der Einnahmenseite für 1931 wird mit einem Steuerausfall von 620 Millionen Mark infolge der Wirtschaftskrise gerechnet. Durch die Teilaufhebung der Kapitalertragssteuer fallen 60 Millionen, durch den Fort-

fall der Industriebelastung 170 Millionen und durch den Fortfall der Festbesoldetenabgabe 220 Millionen fort. Außerdem wird damit gerechnet, daß die Veräußerung von Reichsbankvorzugsaktien infolge Zinsverlustes usw. einen Ausfall von 110 Millionen ergibt. Dagegen wird vorausgesetzt, daß die durch die Notverordnung eingeführte Ledigensteuer, die eigentlich zu Ende dieses Etatsjahres aufgehoben werden sollte, weiter bestehen bleibt.

Die Minderung der Ausgaben ergibt sich aus zwei großen Posten: die 460 Millionen Mark, die in diesem Jahr zur Tilgung der kurzfristigen Schuld aufgewendet werden mußten, fallen künftig fort, und durch die Reform der Arbeitslosenversicherung sollen für das Reich 300 Millionen Mark eingespart werden. 70 Millionen werden durch den Fortfall der Besetzung gespart und 30 Millionen hofft man an dem Etat der Kriegspensionen einsparen zu können. Darüber hinaus kündigt das Reichsfinanzministerium 150 Millionen an Etatsersparnissen an. Es bleibt ein Defizit von 170 Millionen, das durch weitere Einschränkungen gedeckt werden müßte.

Die Reichsbahn verbilligt.

Preisabbau bei Sonntagsfahrkarten.

Die Reichsbahn will eine Reihe von neuen Maßnahmen zur Verbilligung des Verkehrs einführen. Aber nur des Verkehrs mit Sonntagsfahrkarten. Wenn Reisende mit Sonntagsfahrkarten D-Züge benutzen wollten, so mußten sie bisher mindestens den Schnellzugzuschlag der zweiten Zone, d. h. 2 Mark in der 3. Klasse und 4 Mark in der 2. Klasse, bezahlen. Diese Sätze betrugen das Doppelte der Zone 1 für Fahrten bis zu 75 Kilometer. Hier wird die Reichsbahn dem auf Sonntagsfahrkarten reisenden Publikum entgegenkommen, indem sie vom 13. September ab den erhöhten Schnellzugzuschlag beseitigt und bei Fahrten bis zu 75 Kilometer nur noch den normalen Schnellzugzuschlag erhebt, eine Erleichterung, die 1 Mark in der 3. und 2 Mark in der 2. Klasse sowohl für die Hinfahrt als auch für die Rückfahrt für die Reisenden ausmacht.

Die Sonntagsfahrkarten gelten bekanntlich schon von Sonnabend mittag 12 Uhr an und die Rückfahrt braucht erst so angetreten zu werden, daß sie Montag vormittag beendet ist. Nunmehr will die Reichsbahn auch zulassen, daß die Rückfahrt auf Sonntagsfahrkarten bereits am Sonnabend nachmittag erfolgen kann. Hierdurch wird auch denjenigen, welche nur den Sonnabendnachmittag zu einer Ausflugsfahrt benutzen können, ermöglicht, mit Hilfe der billigen Sonntagsfahrkarten zu reisen. Einen neuen Versuch zur Belebung des Reiseverkehrs bedeutet schließlich das Vorhaben der Reichsbahn, bei größeren Veranstaltungen, Festlichkeiten usw. auch in der Woche Sonntagsfahrkarten mit eintägiger Dauer auszugeben. Die Reichsbahndirektionen sind ermächtigt worden, solche Karten am Mittwoch nachmittag von größeren Städten nach Erholungsorten in der Nähe auszugeben.

Preußen und die Einstellung des Baues des Mittellandkanals.

Verschiedentlich wird die preußische Staatsregierung für die Einstellung des Baues des Mittellandkanals verantwortlich gemacht. Insbesondere wird angeführt, daß Preußen sich weigere, seinen Anteil an den Baukosten bereitzustellen. Hierzu erklärt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes:

Die Entscheidung, ob der Bau eingestellt werden muß, liegt allein in der Hand der Reichsregierung. Ihr untersteht nach der Reichsverfassung die Verwaltung der Reichswasserstraßen. Allerdings sind die beteiligten Länder, darunter Preußen vertraglich verpflichtet, ein Drittel der Baukosten aufzubringen. In dem Vertrage heißt es aber im Paragraphen 8 ausdrücklich, daß Preußen nur unter dem Vorbehalt der gesetzlichen Bereitstellung der Mittel zur Zahlung verpflichtet ist, das heißt, daß es nur dann die Zahlungen leisten darf, wenn es tatsächlich die Mittel dazu bereit hat. Das ist zurzeit nicht der Fall. Denn aus laufenden Staatsmitteln können die erforderlichen Aufwendungen nicht bestritten werden, und die Aufnahme einer Anleihe verbietet sich bei der jetzigen Lage der Finanzen in Reich und Ländern auch im Interesse der Reichsfinanzverwaltung von selbst. Die Aufrechterhaltung geordneter Finanzen ist bisher der oberste Grundsatz der preußischen Finanzgebarung gewesen.

Die neuen Rheinbrücken.

Baldiger Beginn der Bauarbeiten.

Wie der Reichsverkehrsminister mitteilt, ist das Übereinkommen über den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen-Mannheim, Maxau und Speyer endgültig gesichert. Sobald die nötigen Vorbereitungen zum Bau der Widerlager und Pfeiler beendet sind, wird die Deutsche Reichsbahngesellschaft unverzüglich mit den Bauarbeiten beginnen.

100 Jahre Bremerhavener Hafen.

Am Freitag feierte Bremerhaven, die Tochtergemeinde des alten Bremen, einen Tag, der für ihre Entwicklung von richtunggebender Bedeutung geworden ist. Das erste Schiff lief nämlich vor 100 Jahren in den Hafen, nachdem am 11. September 1830 der erste Bremerhavener Hafen in Betrieb genommen war. Der Magistrat erließ aus diesem Anlaß einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem auf die Bedeutung des Tages hingewiesen wird. Aus Anlaß des Hundertjahr-Jubiläums prangte Bremerhaven wie auch Bremen im Flaggenschmuck.

Um den wirtschaftlichen Zusammenschluß.

Vorschläge des Bundeskanzlers Schober.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober äußerte sich in der Völkerbundversammlung zu den europäischen Vereinigungsbestrebungen, die er insbesondere vom wirtschaftlichen Standpunkte aus behandelte. Viele Staaten, wie Österreich, könnten nicht mehr jahrelang warten, bis die Schwierigkeiten überwunden seien. Es müßten Gruppen von Ländern mit gleichartigen Verhältnissen und einander ergänzenden Bedürfnissen gebildet werden. Die Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Ausfuhrländer sei ein Beispiel für solche neuen Wege.

Die Neuordnung des Haager Gerichtshofes.

Der Völkerbundrat übermittelte der Vollversammlung des Völkerbundes das Juristengutachten über die Revision der Satzungen des internationalen Haager Gerichtshofes, nach dem die Zahl der Richter des Gerichtshofes von 11 auf 15 erhöht wird. Ferner hat der Völkerbundrat der Vollversammlung vorgeschlagen, das Gehalt des Präsidenten des Haager Gerichtshofes auf 60 000 holländische Gulden, das der Vizepräsidenten auf 35 000 und das Gehalt der Richter auf 35 000 Gulden und 50 Gulden für jeden Arbeitstag festzulegen.

*

König Feissal empfängt Henderson.

König Feissal vom Irak besuchte am Freitag Genf. Pressevertretern gegenüber betonte der König sein großes Interesse seines Landes an dem Vertrag zwischen England und dem Irak, der den Beitritt des Iraks zum Völkerbund im Jahre 1932 ermöglicht. Der König empfing am Nachmittag den englischen Außenminister.

Für ein Verbleiben Calonders.

Gemeinsamer Antrag Curtius und Zaleskis beim Völkerbund.

Dr. Curtius und der polnische Außenminister Zaleski haben in einem gemeinsamen Schreiben beim Völkerbundsrat beantragt, den Präsidenten der deutsch-polnischen Schiedskommission in Oberschlesien, Calonder, zu einer Zurücknahme seines Rücktrittsgesuches zu veranlassen.

Ueber den Antrag wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Rates entschieden werden. Man erwartet, daß der Völkerbundsrat einstimmig Calonder im Hinblick auf seine großen Verdienste in Oberschlesien ersuchen wird, weiterhin dem Völkerbund zur Verfügung zu stehen. Ob Calonder diesem Ersuchen stattgeben wird, ist jedoch noch ungewiß.

Prager Kundgebungen gegen Italien.

Angriffe auf das Konsulat.

Die in der Tschechoslowakei gegen Italien entstandene Erregung hält an. Sie hat ihre Ursache in der kürzlichen Hinrichtung von vier Slowenen bei Triest, die man politischer faschistenfeindlicher Umtriebe beschuldigte.

In der Nacht auf Sonnabend zog eine Gruppe in Prag, die nach einigen Nachrichten aus Kommunisten bestanden haben soll, vor das italienische Konsulat. Sie demonstriere gegen den Faschismus im allgemeinen und gegen die Erschießung der Slowenen im besonderen. Ehe die Polizei es verhindern konnte, flogen Steine. Mehrere Fensterscheiben gingen in Trümmer. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Ein Beamter des Außenministeriums erschien in der italienischen Gesandtschaft, entschuldigte sich und versprach Bestrafung der Demonstranten.

Auch der tschechische Nationalrat, in dem alle Parteien vertreten sind, hat sich zu einer scharfen Kundgebung gegen die italienische Justiz entschlossen. Ungeachtet des Einspruchs des italienischen Gesandten erklärt er, er halte es für seine Pflicht, anläßlich der ungeheuerlichen Justifizierung gegen die Verfolgung der slowenischen Minderheit Einspruch zu erheben. Man müsse unterscheiden können zwischen der Liebe zur Heimat und Äußerungen krankhaften Hasses. Die Rechte der slowenischen Adriabevölkerung seien seit der Annexion vergewaltigt worden und das Triester Urteil könne nur als ein Hohn auf die Idee des nationalen Minderheitenschutzes angesehen werden.

Unterredungen mit den Bombenlegern.

Menschenleben sollten nicht gefährdet werden.

Im Altonaer Bombenlegerprozeß wurde der Polizeipräsident Wenker-Harburg-Wilhelmsburg vernommen. Er war bei der Besprechung, die

Regierungspräsident Herbst

mit einigen der Angeklagten hatte, zugegen. Nach der Aussage des Zeugen hat der Regierungspräsident die Absicht gehabt, die Angeklagten kennenzulernen, um zu erfahren, was die Anschläge eigentlich bezwecken sollten. Die Angeklagten hätten geantwortet, daß es so in Deutschland nicht mehr weitergehen könne. Die Bauern müßten von Haus und Hof. Menschenleben sollten durch die Anschläge nicht gefährdet werden. Dr. Lütgebrune fragte den Polizeipräsidenten, ob für die Unterredung des Dr. Herbst

ein Auftrag vom Untersuchungsrichter

vorgelegen habe. Der Zeuge verneinte dies. Herbst und er hätten den Untersuchungsrichter gebeten, diese Unterredung zu gestatten. Die Angeklagten hätten sich zunächst geweigert, eine solche Unterredung stattfinden zu lassen, da sie sich von Polizeiorganen nicht vernehmen lassen wollten. Sie seien dann aber durch Kriminalkommissar Dr. Braschwitz darauf hingewiesen worden, daß sie hier nicht von Beamten vernommen werden sollten, sondern daß der Regierungspräsident

als Mensch zu Mensch

mit ihnen sprechen wollte. Dr. Lütgebrune legte Wert auf die Feststellung, daß, obwohl es sich um eine rein private Unterhaltung gehandelt habe, in dem vorliegenden Strafverfahren davon Gebrauch gemacht worden sei. Kriminalkommissar Dr. Braschwitz, der ebenfalls bei der Vernehmung zugegen war, bestätigte bei der Zeugenvernehmung, daß die Vernehmung einen unverbindlichen privaten Charakter getragen habe.

Aufsehenerregende Aussagen über Frau von Ortzen.

Es folgte die Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Conrad-Berlin, der erklärte, er sei über Fragen, die das Verhältnis Volcks zu Frau von Ortzen angehen, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Frau von Ortzen habe ihm ausdrücklich erklärt, sie wolle ihn von der Schweigepflicht nicht entbinden. Frau von Ortzen habe ihm gelegentlich gesagt, „Volck tut alles, was ich will, er ist völlig in meinem Bann". Dr. Graf v. d. Goltz fragt, ob Frau von Ortzen sich der Verhaftung des Angeklagten Volck gerühmt und erzählt habe, Reichskanzler Dr. Müller habe ihr gesagt:

„Sie sind ja eine geborene Diplomatin."

Dr. Conrad gab das zu. Frau von Ortzen habe sich stets ihrer ausgezeichneten Beziehungen zur Reichsregierung gerühmt und wiederholt von ihrem Freund Dr. Breitscheid gesprochen. Der Staatsanwalt fragte, ob Volck zugegeben oder angedeutet habe, daß Frau von Ortzen ihn zu einigen Bombenattentaten angestiftet hätte. Dr. Conrad berief sich auf seine Schweigepflicht.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 13. September 1930.

Das Kleine.

Sir. 5, 18: Achte nichts gering,
es sei klein oder groß.

„Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert." Das ist einer der tiefsinnigen Wahrsprüche unserer Vorfahren, von deren Weisheit unsere Zeit so viel verloren hat. Ich habe einmal einige fünfzig Kinder gefragt. Keines kannte den Vers überhaupt noch. Und dabei enthält er eine der fruchtbarsten Wahrheiten für alles gesunde, schaffende Leben. Aus kleinen Quellen sammelt sich der große Strom. Aus Groschen und Pfennigen hat Bodelschwingh sein Werk aufgebaut — werden im wesentlichen die meisten Werke der Liebe errichtet und erhalten. Aus der Sparsamkeit im kleinen ist einst Deutschland reich geworden. Aber auch umgekehrt gilt es ebenso. Ein kleiner Fleck macht das Kleid unansehnlich, ein kleiner Riß im Deich öffnet den zerstörenden Fluten den Eingang. Ein kleiner Funken bringt die Explosion, eine kleine Lockerung den Zug zur Entgleisung. Eine kleine Unachtsamkeit kann großes Unglück bringen, eine kleine Lüge zerstört das Vertrauen für immer. Genau besehen gibt es nichts Kleines, wenn man nur bedenkt, daß ja nichts für sich allein besteht, sondern daß alles, im Leben der sichtbaren Dinge ebenso wie der unsichtbaren Gedanken und Empfindungen, aufs engste innerlich zusammenhängt, daß also eins immer das andere mitbestimmt, indem eins das andere hält und hebt oder herabzieht und zerstört. Sehr tiefsinnig hat Jesus einmal den Ernst dieser Wahrheit so ausgesprochen: „Wer im Geringsten treu ist, der ist auch im Großen treu; und wer im Geringsten unrecht ist, der ist auch im Großen unrecht." (Luc. 16.) Und Schiller hat die ungeheuere Bedeutung der Treue im Kleinen einmal so ausgedrückt:

. . . Beschäftigung, die nie ermattet,
Die immer schafft, doch nie zerstört.
Die zu dem Bau der Ewigkeiten
Zwar Sandkorn nur um Sandkorn reicht,
Doch von der großen Schuld der Zeiten
Minuten, Tage, Jahre streicht.

Darum: Achte das Kleine nicht gering! Nimm's ernst und — treu!

Günstige Wetteraussichten für die letzte Sommerwoche.

Das Wetter der vorletzten Sommerwoche war im Vergleich zu den vergangenen Wochen noch ziemlich günstig. Das Hochdruckgebiet, das über Nordeuropa lag, hatte sich weiterhin gefestigt und seinen Einfluß nach Süden hin ausgedehnt. Die Folge davon war für Ost-, Nord- und Mitteldeutschland vorwiegend heiteres Wetter. Die zeitweise recht frischen Winde führten freilich nachts zu erheblichen Temperaturrückgängen. Morgens lagen die Temperaturen in Ost- und Mitteldeutschland zwischen 10 und 12, im Westen zwischen 12 und 15 Grad Celsius. Mitte der Woche war ein Tiefdruckwirbel bis an den Südabhang der Westalpen vorgestoßen. Zur gleichen Zeit wurden von den Liparischen Inseln Erdstöße sowie ein neuer Ausbruch des Strombolis gemeldet. Nach der allgemeinen Wetterlage wird man für die letzte Sommerwoche mit vorwiegend heiterem Wetter rechnen dürfen; die Temperaturen dürften freilich noch etwas weiter zurückgehen.

☐ **Nachtferngespräche mit kleineren Orten.** Vom reisenden Publikum, besonders auch von den Geschäftsreisenden, wird es oft bedauert, daß es von kleinen Orten aus nicht möglich ist, nach 8 Uhr abends mit größeren Plätzen Ferngespräche zu führen, weil der Dienstschluß an kleineren Ämtern um 20 Uhr erfolgt. Es verlautet nun, daß jetzt Möglichkeiten bestehen, mit kleineren Orten Nachtferngespräche zu führen. Die Hotels an solchen Plätzen können sich sogenannte Dauernachtverbindungen einrichten lassen, die es ihnen gestatten, die ganze Nacht hindurch sowohl Gespräche aus größeren Städten entgegenzunehmen wie auch mit diesen bzw. mit einzelnen Teilnehmern verbunden zu werden. Die Gebühren für die Dauernachtverbindungen betragen je Nacht 40 Pf.

Die „Prämie".

Das Ende einer Illusion.

Nun ist auch dieser Schmerz vorüber . . . Am 12. September ist die „Prämie" der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie herausgekommen, und da der Freitag von jeher ein Unglückstag ist, haben sie natürlich die meisten von uns, sogar die allermeisten, nicht gewonnen. „Prämie" heißt bekanntlich „Belohnung", und wenn diese Prämie eine Belohnung für längeres Ausharren und Hangen und Bangen in schwebender Pein bedeuten soll — was ja wohl ihr tieferer Sinn ist —, hätten wir sie alle, die wir da mitspielten, ehrlich verdient, denn ausgeharrt haben wir bis dort hinaus. Auf die ach! so schöne Losnummer 222 815 ist sie gefallen, die Prämie, aber kein Mensch, außer den Lotterieeinnehmern und den Gewinnern, weiß, wer diese Losnummer in der Brieftasche hatte; denn seitdem den Lotterieeinnehmern von der Lotterieverwaltung der Mund mit sieben Siegeln verschlossen worden ist, kennt sich kein sterblicher Mensch mehr mit Prämien und Großen Losen aus.

Aber nun beginnt ein neues Lotteriekapitel: die für Oktober angesetzte Ziehung der ersten Klasse der neuen Preußisch-Süddeutschen steht zum großen Leidwesen aller Lotteriespieler im Zeichen der Lospreiserhöhung. Der Preis des so begehrten Achtelloses ist von drei auf fünf Mark für jede der fünf Klassen hinaufgeschnellt und dementsprechend sind auch die andern Lospreise gestiegen, was uns in dieser Zeit des mindestens angekündigten Preisabbaues besonders tief erschüttern muß. Es gibt zwar auch eine ganze Anzahl Gewinne mehr als bisher, aber die kriegen wir wahrscheinlich doch nicht, und außerdem besteht ein sehr großer Teil dieser neuen Gewinne in sogenannten „Freilosen", so daß man günstigenfalls sein eigenes eingesetztes Geld wiederkriegt. Die Lotterieeinnehmer sind mit dieser neuen Regelung der Dinge ebensowenig zufrieden wie die Spieler, denn sie fürchten — und vielleicht nicht ganz ohne Grund — eine Abkehr der Spieler oder mindestens doch ein Hinuntergleiten eines großen Teiles der Spielerwelt in die unteren Losanteile: wer ein halbes Los spielte, wird sich künftighin vielleicht mit einem Viertellos begnügen, die Viertellosinhaber werden in die Achtellosklasse abwandern, und die aus der Achtellosabteilung werden sich möglicherweise zu einer G. m. b. H. zusammentun, um weiterspielen zu können. Und dann werden wir alle wieder auf die „Prämie" warten, wenn wir nicht vorher schon das Große Los gewonnen haben sollten . . .

—* **Postalisches.** Bei der am 16. September in Bremerhaven beginnenden Amerikafahrt des Dampfers „Bremen" wird wieder in möglichst großer Entfernung von der amerikanischen Küste ein Katapultflug ausgeführt werden, der zur Postbeförderung benutzt werden soll und Beförderung und Zustellung um etwa 20 Stunden beschleunigt. Die Gebühr für Beförderung mit dem Katapultflug beträgt 50 Rpf. für je 20 g außer den gewöhnlichen Auslandsgebühren.

—* **Großer Artilleristentag in Wolfenbüttel.** Am 4. und 5. Oktober veranstalten die Angehörigen folgender ehem. Regimenter und Formationen in Wolfenbüttel einen allgemeinen Artilleristentag: Niedersächsisches Feldartillerie-Regiment Nr. 46, Reserve Feldartillerie-Regiment Nr. 19, Feldartillerie-Regiment Nr. 100, Feldartillerie-Regiment Nr. 94, Fußartillerie-Regiment Nr. 16, Alte braunschweigische Batterie. (5. Regt. 10) Munitions-Kolonne Nr. 37, Munitions-Kolonne Nr. 168, Infanterie-Geschütz-Batterie Nr. 17. Auch können ehem. Artilleristen andere Formationen teilnehmen. Anmeldungen und Auskunftsersuchen sind an folgende Anschrift zu richten: Fest-

Wahl und Wirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Wohl noch in keinem Wahlkampf früherer Zeiten haben wirtschaftliche Fragen eine solch große Rolle gespielt wie in diesem, der jetzt zu Ende geht. In eine Zeit bitterster Not und beängstigender Unsicherheit fällt er, in eine Arbeitslosigkeit, wie man sie bisher noch nicht gekannt hat, und der Reichstag, der nun seinen Geburtstag erleben wird, wird sich vor Aufgaben wirtschaftlicher Art gestellt sehen, deren Lösung das höchste Maß von Verantwortungsbewußtsein erfordert. Noch brodelt und braut es in dem Hexenkessel der Wahlvorbereitung und die bange Frage, ob überhaupt ein arbeitsfähiger Reichstag aus ihm hervorgehen wird, ist noch nicht gelöst. Nach dem Ausgang der Wahl wird man wohl bereits Vermutungen darüber anstellen können, Sicherheit aber wird man erst erhalten, wenn die Regierung dem Reichstag ihre Vorschläge zu einer durchgreifenden Finanz- und Verwaltungsreform vorlegen wird, nachdem diese von ihr als Wahlprogramm und Richtlinie für die Wählerschaft tatsächlich nicht aufgestellt werden konnten. Wir tappen also noch im Dunkeln sowohl darüber, was von Regierungsseite geschehen wird, als auch darüber, wie die Parteien sich dazu stellen werden. Wahlprogramme geben ja wohl einen allgemeinen Einblick in die Wünsche und Ziele der Parteien, aber die tatsächliche Stellungnahme im Einzelfall läßt sich doch nicht daraus ersehen. Die Wahlaufrufe zeigen die großen, gewissermaßen strategischen Aufmarschpläne, das taktische Verhalten ergibt sich aber erst von Fall zu Fall und aus dem Zusammenarbeiten mit Freund und Gegner.

Das Neue bei dem diesmaligen Aufmarsch der Parteien ist, daß sich die Kristallisationspunkte verschoben haben, an die sich die einzelnen Gruppen anschließen, und dem überparteilichen Betrachter erscheint es, als ob sich die Parteien immer mehr und mehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenschlössen. Sie streben anscheinend danach, das zu werden, was die ständischen Vertretungen von Hause aus sind, nämlich Vertretungen von Interessengruppen. Nun ist das böse Wort von „Interessentenhaufen" gefallen und man beklagt allgemein dieses Streben als ein Unglück, weil es den Untergang des Idealismus in der Politik bedeute; aber die ideelle Verbrämung, die jede Partei dem Mäntelchen ihrer Wahlpropaganda gibt, daß ihre Forderungen nur aufgestellt seien im Interesse des Volkswohles und der Allgemeinheit, lassen doch die Frage angezeigt sein, was man unter diesem etwas gespenstischen Begriff des Staatswohles verstehen soll, wenn nicht das Wohl der Gesamtheit der Volksgenossen. Nun haben zwar die Verfassungen dieses Volkswohl, das außerhalb und über dem Wohl der einzelnen stehen soll, gewissermaßen zum Staatsgrundgesetz erhoben, indem sie erklären, der Abgeordnete vertrete weder seinen Wahlkreis, noch seinen Stand, noch seine Partei, sondern „das ganze Volk". Nur muß man gestehen, daß man sich schwer etwas Konkretes darunter vorstellen kann. Wäre es vielleicht nicht wahrhafter und idealer, wenn wir Parteien hätten, von denen jede offen erklären würde, daß sie bestrebt sei, die Interessen des hinter ihr stehenden Berufes oder Standes durch eigene Bemühungen zu fördern, aber dabei bereit sei, die Opfer zu bringen, die die berechtigten Interessen der anderen Parteien von ihr fordern? Würde eine Regierung dann die Abwägung und Einordnung der verschiedenen „Wunscharten" nach der Möglichkeit ihrer Verwirklichung treffen, so wäre man vielleicht der Erklärung und Bestimmung des Begriffs „Staatswohl" schon etwas näher gekommen. Sollte sich aber die Parteibildung wirklich in der hier vermuteten und angedeuteten Richtung vollziehen, so wird wohl bis zur klaren Umgruppierung noch manche Flut von Wahlzetteln durch die Urnen rauschen. Bis dahin müssen wir mit den gegebenen Tatsachen rechnen, mit der Gestalt der Parteien, wie sie sich jetzt darbietet. Wir müssen unter ihnen auf jeden Fall unsere Wahl treffen und dürfen nicht etwa, weil wir glauben, daß keine von ihnen dem uns vorschwebenden Ideal entspricht, mürrisch beiseitestehen und der Wahl fernbleiben. Dr. S.

Aus der Wahlbewegung.

Der Stahlhelm und die Splitterparteien.

Vom Bundesamt des Stahlhelms wird mitgeteilt: „Verschiedene Wahlzeitungen nichtmarxistischer Parteien wenden sich in letzter Stunde in ihren führenden Aufrufen unmittelbar an die Stahlhelmkameraden. Insbesondere zeichnen sich auf diesem Gebiet die Splitterparteien aus. Die Stahlhelmführung hat die von vaterländischer Verantwortung getragene Wahlparole des Stahlhelms für alle Kameraden seit Wochen bekanntgegeben. Der Hinweis auf einen mißverständlichen Wahlartikel eines einzelnen Stahlhelmverbandes, der inzwischen durch ein aufklärendes Flugblatt desselben Landesverbandes überholt ist, stellt eine bewußte Irreführung der Stahlhelmkameraden dar. Stets ist der Stahlhelm für Sammlung aller nationalen Kräfte eingetreten. In Absplitterungen kann der Stahlhelm bei der parlamentarischen Macht des Marxismus kein geeignetes Mittel zu dessen notwendiger Überwindung erblicken."

Warnung vor dem Mißbrauch mit Stimmscheinen.

Dem preußischen Ministerium des Innern gegenüber sind in der letzten Zeit wiederholt Befürchtungen geäußert und von verschiedenen Seiten von der Absicht entsprechende Mitteilungen gemacht worden, daß in gewissen Kreisen versucht werde, mit der gesetzlich vorgesehenen Einrichtung des Stimmscheines zum Zwecke der Fälschung des Wahlergebnisses Mißbrauch zu treiben; insbesondere soll der Versuch unternommen werden, Stimmscheine von Nichtwählern sich zu beschaffen und in unrechtmäßiger Weise zur Stimmabgabe zu verwenden. Das preußische Ministerium des Innern weist daher durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst darauf hin, daß die Wahlvorsteher nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, von Inhabern von Stimmscheinen die Vorlegung einer Legitimation zu verlangen und im Falle der Feststellung von Fälschungen sofort einzuschreiten, so daß ein derartiger Versuch für die betreffenden Persönlichkeiten von schweren strafrechtlichen Folgen begleitet sein würde.

Hugenberg über Rettung der Landwirtschaft.

In einer Wahlversammlung in Insterburg beschäftigte sich Geheimrat Hugenberg mit der Lage der Landwirtschaft. Er sagte hierbei u. a.: In drei großen Punkten (wirtschaftliche Organisation der Landwirtschaft, Realkreditwesen, Handelspolitik) muß zugunsten der Landwirtschaft das Steuer unserer Wirtschaftspolitik herumgeworfen werden. Zahlreiche andere Fragen (Steuerwesen, Eisenbahntarife, Schullasten, Arbeitslosenfragen, Siedlungswesen usw.) treten hinzu. Um in allen diesen Fragen voranzukommen, muß die Landwirtschaft vor allem eine Machtentsetzung der Sozialdemokratie und die Änderung des Systems und der Methoden des heutigen Regierens verlangen. Das ist die Rettung der Landwirtschaft. Ich habe stets die Ansicht vertreten, daß sie die wichtigste deutsche Wirtschaftsaufgabe ist.

Briefmarken aus aller Herren Ländern

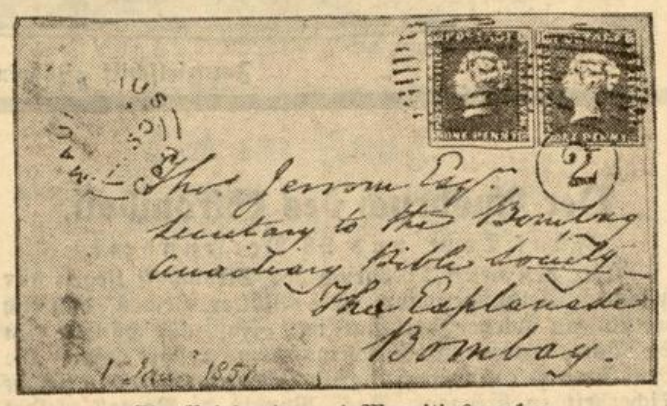
Eröffnung der Internationalen Postwertzeichenausstellung.

In den Gesellschaftsräumen des Zoo in Berlin fand die Eröffnung der Internationalen Postwertzeichenausstellung 1930 durch einen Festakt statt. Nach einer Ansprache des Ausstellungsvorsitzenden, Professor Dr. E. Stenger, der auf die große Bedeutung der Ausstellung hinwies, begrüßte der Reichspostminister die Versammlung. Die Ausstellung bringt u. a. bisher noch nicht gezeigte Seltenheiten von außerordentlichem Wert, die unter stärkster Bewachung gehalten werden. Neben dem Ehrenvorsitzenden, Reichspräsidenten von Hindenburg, haben sich an den Arbeiten des Ehrenausschusses fast alle Vertretungen der fremden Länder in Berlin beteiligt.

*

Die Mauritiusmarke.

Als eine der größten Sehenswürdigkeiten sind auf der Internationalen Postwertzeichenausstellung die berühmten Mauritiusmarken, die die Sehnsucht aller Briefmarkensammler sind, ausgestellt, natürlich unter Glas und Rahmen. Die Mauritiusmarken — es handelt sich um die erste Briefmarkenausgabe von Mauritius vom Oktober 1847, 1 Penny rot und 2 Pence blau — sind nicht, wie vielfach angenommen wird, die für Sammler wertvollsten und teuersten Briefmarken der Welt. Hoch über ihnen steht eine Brit. Guayana, von der es nur noch ein einziges Exemplar gibt, während die Mauritius immerhin in noch 25 Exemplaren vorhanden sind. Der Preis der Briefmarken wird aber, wie man sich denken kann, nach ihrer Seltenheit bestimmt.



Ein Brief mit zwei Mauritiusmarken, die 250 000 Mark wert sind.

Hindenburg an die „Ipposta".

Reichspostminister Schätzel verlas nachstehendes Telegramm, das an den Reichspräsidenten gerichtet war:

„Zur Eröffnung der Internationalen Postwertzeichenausstellung Berlin 1930 („Ipposta") sende ich als deren Protektor meine herzlichen Grüße. Möge der „Ipposta", die sich die Aufgabe gesetzt hat, durch eine erlesene Zusammenstellung von Postwertzeichensammlungen aller Länder die weltumspannende Bedeutung der Briefmarke und der Philatelie der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, ein schöner Erfolg beschieden sein. Von Hindenburg, Reichspräsident."

Der Reichspostminister wies dann darauf hin, daß Post und Briefmarkensammeln seit jeher miteinander verwachsen sind. Die Verbindungsbrücke beider sei die Briefmarke. Ohne die Briefmarke wäre der heute alle Kulturnationen der Erde umspannende Weltpostverein undenkbar. Die Entwicklung der Briefmarke sei ein getreues Spiegelbild der Geschichte, der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Nationen, ihres Aufstieges und Niederganges, ihrer Schicksale, ihres gesamten Lebens. Vor allem aber sei die Briefmarke das Symbol des Verkehrs.

Angesichts der vielfachen und engen Beziehungen zwischen Philatelie und Post habe die Deutsche Reichspost für die Internationale Postwertzeichenausstellung einen besonderen Viererblock der neuen Wohlfahrtsmarken herausgebracht, um sie der Ausstellung als Zeichen innerer Verbundenheit zu widmen.

Was man zu sehen bekommt.

Die Ausstellung zeigt etwa 600 Einzelsammlungen auf etwa 2000 Quadratmetern Wandausstellungsfläche und in etwa 50 Vitrinen die wertvollsten Sammlungen der Welt. Mit der Ausstellung ist ein Wettbewerb verbunden, dessen höchster Preis den Namen des Reichspräsidenten trägt. Unter den zahlreichen Ausstellungsgegenständen seien noch besonders einige Briefe aus der Marinepost des bei den Falklandinseln gesunkenen Geschwaders des Grafen Spee erwähnt, die kurz vor der letzten Schlacht des Geschwaders an Land gebracht und während des ganzen Krieges dort eingegraben gehalten wurden.

Massenkundgebung der Deutschen Staatspartei.

Die Deutsche Staatspartei veranstaltete im Berliner Sportpalast eine Massenkundgebung. Transparentinschriften verurteilten den Flaggenstreit und verlangten Fortentwicklung der Republik zum Volksstaat. Minister a. D. Koch-Weser begründete seine Mitwirkung an der Gründung der neuen Partei. Die Staatspartei habe an der Aufgabe mitzuwirken, aus Deutschland keinen zweiten Balkan machen zu lassen. Auch durch den unseligen Flaggenstreit wolle sich die neue Partei nicht trennen lassen. Staatssekretär Oskar Meyer verbreitete sich über die letzten parlamentarischen Ereignisse. Hierauf nahmen Mahraun und Reichsminister Dietrich das Wort um nochmals die Ziele der Partei von verschiedenen Gesichtspunkten hervorzuheben.

Prälat Kaas gegen Separationsvorwürfe.

In einer Zentrumsversammlung in Trier wandte sich der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Kaas, gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der separatistischen Betätigung. Er müsse jedoch feststellen, daß es sich bei diesen Machenschaften um eine großangelegte Kampagne handelt, die versuche, Brücken zu schlagen zwischen der absolut lauteren Rheinlandbewegung des Jahres 1919 und den elenden Verbrechern des Separatismus. Man müsse sich die damalige Lage Ende 1918 vorstellen, als alles schwankte und der sozialistische Kultusminister Hoffmann ein Kulturprogramm entworfen habe mit der Trennung von Staat und Kirche.

Dr. Bang gegen Brüning.

In einer Wahlversammlung in Freiberg in Sa. wandte sich Oberfinanzrat Dr. Bang in scharfer Weise gegen die Zentrumspolitik und die Art, mit der Dr. Brüning auf der Zentrumsversammlung in Berlin am 9. September sich selbst bloßgestellt habe. Wenn Brüning heute aus dem Konzept falle, so sei das der beste Beweis für den wachsenden Ärger über das Mißlingen der „Auflockerung der Rechten" und für die steigende Unruhe über den siegreichen Vormarsch der Deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationale Volkspartei werde Brüning immer in ehrendem Gedenken behalten, denn er habe in Wahrheit ihre Vereinigung erreicht. Wenn Brüning ihn und Herrn Quaatz verhöhne als die „weissagenden Raben" auf Hugenbergs Schultern, so könne er nur sagen, daß er sich als Rabe allerdings lieber auf die festen Schultern Hugenbergs als auf die schwankenden Brünings setzen würde. Was die Weissagungen anlange, so habe er leider stets recht behalten, während Brüning sich stets getäuscht habe. Brüning habe dies wiederholt selber zugestanden. Die Feststellungen über unsere Defizitwirtschaft wage Herr Brüning nur mit Redensarten, aber nicht sachlich zu widerlegen, weil das unmöglich sei.

Achtung Wahltäuschung!

Von der Wahlkreisgeschäftsstelle der Deutschen Staatspartei Westfalen-Süd wird uns mitgeteilt:

Wie aus dem amtlichen Bericht über die bei der Wahl am 14. September zugelassenen Wahlvorschläge des Wahlkreises Südwestfalen ersichtlich ist, ist als Wahlvorschlag Nr. 7a eine „Radikale Deutsche Staatspratei" erstanden. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gruppe nicht das geringste mit der großen Sammelbewegung des deutschen Bürgertums, mit der Deutschen Staatspartei, zu tun hat. Der Wahlvorschlag dieser sogenannten Radikalen Staatspartei ist verbunden mit der Liste der Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes). Wie es demnach aussieht, handelt es sich bei dieser Zersplitterungsgruppe um einen Ableger der Wirtschaftspartei. Wähler, laßt Euch durch dieses Manöver nicht täuschen!

Die Deutsche Staatspartei, die Partei der bürgerlichen Sammlung, die Partei der entschiedenen Reformen hat

Liste 6

Spitzenkandidat der Deutschen Staatspartei ist Preußischer Finanzminister Höpker-Aschoff.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 12. September.

Revision im Jakubowski-Prozeß verworfen.

Leipzig. Der Ferienſenat des Reichsgerichts hat die Revision des Schwurgerichts Neustrelitz im Jakubowski-Prozeß vom 14. April, wonach August Nogens wegen Mordes zum Tode, Fritz Nogens wegen Beihilfe zum Morde zu vier Jahren Gefängnis und Frau Kähler wegen Beihilfe zum Morde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, verworfen. Mit diesem Spruch ist die Angelegenheit Jakubowski-Nogens vollkommen erledigt.

Waffenfund bei Pinneberg.

Pinneberg. In der Haselauer Feldmark wurden 20 guterhaltene Infanteriegewehre, Modell 98, gefunden, bei denen der Schaft frisch abgesägt war. Die Gewehre wurden beschlagnahmt. Es wurden Ermittlungen eingeleitet, um die bisherigen Eigentümer der Gewehre festzustellen.

Bankgeschäft Hoffmann stellt die Zahlungen ein.

Reichenbach (Schlesien). Wie das Reichenbacher Tageblatt meldet, hat das Bankgeschäft W. F. Hoffmann, das in Langenbielau und Nimptsch Filialen unterhält, die Zahlungen eingestellt. Eine Folge des Zusammenbruchs war der Selbstmordversuch, den der Chef des Bankhauses am Freitag unternommen hat. Bankier Walter Hoffmann wurde in seinem Arbeitszimmer mit einem Schuß im Kopf bewußtlos aufgefunden. Man brachte den Verletzten ins Krankenhaus, wo er in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Gau Danzig der N. S. D. A. P. wegen innerer Zwistigkeiten aufgelöst.

Danzig. Im Gau Danzig der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei war es in der letzten Zeit zu inneren Zwistigkeiten gekommen, die nunmehr zu einem Einschreiten der Parteileitung im Reich geführt haben. Der Gau Danzig ist daraufhin aufgelöst und der Danziger S.-A.-Führer Bruno Fricke ist von der Reichsleitung für alle Zeit aus der N. S. D. A. P. ausgeschlossen worden. In der N. S. D. A. P. Danzig wird ein großer Reinigungsprozeß durchgeführt werden, in dessen Verlauf die radikalen Elemente der sogenannten Strasser-Richtung aus der Partei ausgeschlossen werden dürften.

Aufhebung der Zensur.

Madrid. Der spanische Ministerrat beschloß die Pressezensur vom nächsten Donnerstag ab aufzuheben. Pressevergehen fallen also in Zukunft unter das von der Diktatur ausgearbeitete Strafgesetz sowie unter gewissen Umständen unter das Militärstrafgesetz und andere Ausnahmegesetze.

Beim Edelweißpflücken abgestürzt.

Berchtesgaden. Beim Pflücken von Edelweiß stürzte die 35 Jahre alte Luise Maria Glatz aus Berlin an der Südwand des Hohen Brettes etwa 100 Meter tief ab und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen. Die Leiche wurde nach Berchtesgaden gebracht. Der Begleiter der Dame, der der Verunglückten helfen wollte, erlitt schwere Verletzungen.

Ausbruch des Vulkans Asama.

Tokio. Der Vulkan Asama kam unerwartet zum Ausbruch. Die Bevölkerung floh in wildem Schrecken. Da weitere starke Ausbrüche des Vulkans befürchtet werden, wurden außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen.

Mutter und Kind Opfer einer Explosion.

Prag. Eine Frau kochte in einem Topf eine Mischung von Paraffin und Wachs, wobei plötzlich der Ofen explodierte. Als die Frau ihr Kind in Sicherheit bringen wollte, erfaßten sie die Flammen. Mutter und Kind erlitten tödliche Brandwunden.

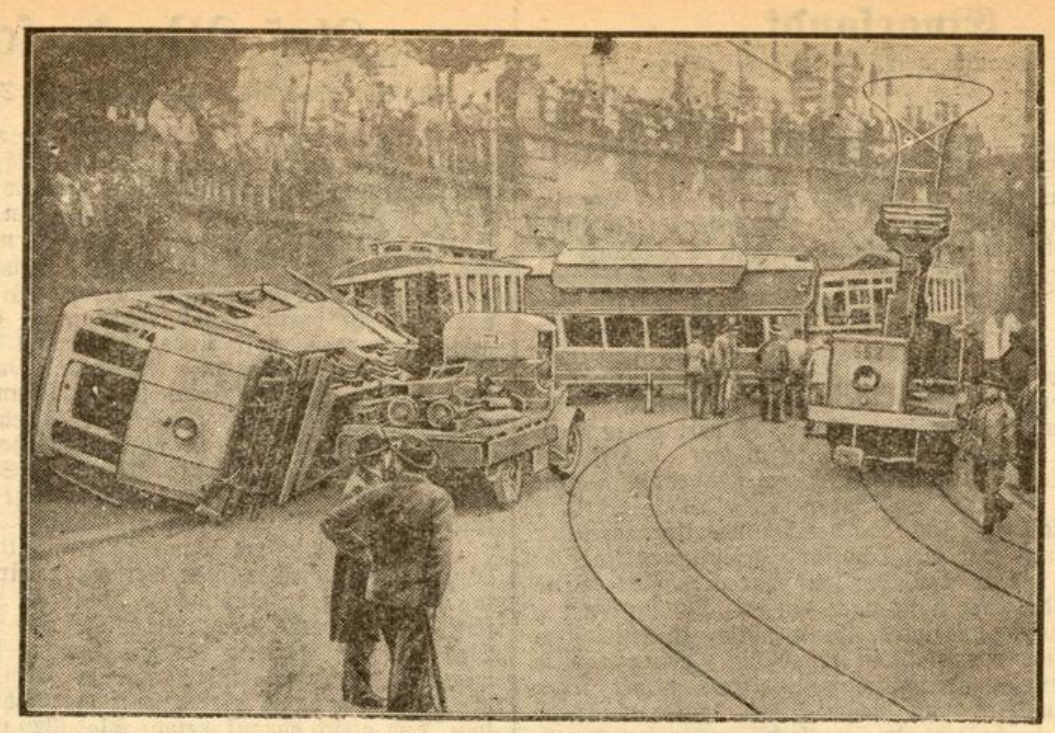
Ausbruch des Vulkans Asama.

Tokio. Der Vulkan Asama kam unerwartet zum Ausbruch. Die Bevölkerung floh in wildem Schrecken. Da weitere starke Ausbrüche des Vulkans befürchtet werden, wurden außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen.

Vermischtes

= **Blinddarmoperation mit Salatmesser und Schnaps.** Der Arzt Dr. David Robins aus Los Angeles hatte auf dem Dampfer „Noorderdyk" eine Reise nach Deutschland angetreten. Drei Tage nach Beginn der Fahrt fing die „Noorderdyk" S.=O.=S.=Rufe des kleinen Dampfers „Corvus" auf. An Bord des „Corvus" rang ein an Blinddarmentzündung erkrankter Matrose mit dem Tode, und der Kapitän des Schiffes bat dringend um Hilfe für den Schwerkranken. Die „Noorderdyk" übernahm den Matrosen, und Dr. Robins wurde ersucht, ihn zu operieren. Obwohl er keinerlei Instrumente bei sich hatte, erklärte Robins sich nach einigem Zögern bereit, die Operation vorzunehmen. Selten wohl dürfte eine Operation mit so primitiven Hilfsmitteln ausgeführt worden sein wie diese Blinddarmoperation an Bord der „Noorderdyk". Der Schiffskoch hatte dazu ein Salatmesser und der Schiffszimmermann eine Zange zur Verfügung gestellt. Vernäht wurde die Wunde mit Nadel und Faden, die die Gattin des Arztes hergegeben hatte, und zur Desinfektion diente Schnaps. Merkwürdigerweise überstand der Patient diese etwas derbe Operation. Er befindet sich auf dem Wege der Besserung.

= **Kampf gegen die Rechtschreibung.** Unsere Rechtschreibung kann es offenbar noch immer nicht allen recht machen. Jeder fast hat etwas an ihr auszusetzen. Viele schwören heute noch auf die alte „Orthographie", andere möchten Kompromisse zwischen alter und neuer schaffen, und nur die Schuljugend hält unentwegt an der jeweiligen neuen und allerneuesten fest. Aber die muß eben! Dieser Tage nun ist wieder einmal ein scharfer Angriff auf die zurzeit gültige Rechtschreibung versucht worden. Die deutschen Buchdrucker — Leute also, die sich täglich mit den verschiedensten Orthographien herumschlagen müssen — sind es, die den Kampf gegen die Irrungen und Wirrungen unserer Schreibungen aufnehmen wollen. Ihr Bildungsverband faßte in Magdeburg und in Braunschweig Beschlüsse, die auf eine Vereinfachung der Rechtschreibung hinzielen. Vor allem geht es diesmal gegen die Hauptwörter, die wir bekanntlich groß schreiben. Die Buchdrucker aber meinen — und mit ihnen meinen das noch viele andere —, daß die vielen großen Buchstaben dem Volke das Schreiben unnötigerweise erschweren und daß mit Ausnahme der Satzanfänge (nach einem Schlußpunkt) und der Personen- und Eigennamen alles ganz gut klein geschrieben werden könnte, wie das in den meisten andern Sprachen der Fall sei. Es wurde bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß es in dem heiligen, unantastbaren Duden nicht weniger als 1274 Doppelschreibungen gibt, und daraus soll der Mensch nun dann so klug werden, daß er richtig schreibt! Der mit Recht so gefürchtete Duden, der im übrigen schon seit langem ein toter Mann ist, kann ja wohl nichts dafür, aber die Tatsache der Verwirrung der Köpfe bleibt bestehen, und darum soll geändert werden. Es gibt, wie man weiß, jetzt schon Leute von Bedeutung, die konsequent und zum Teil mit einer gewissen Eitelkeit das Alleskleinschreiben betreiben: der „Naturmensch" Gustaf nagel schrieb sogar seinen Namen klein, der bekannte Schauspieler Albert Bassermann machte das ebenso und der Dichter Stephan George dichtet grundsätzlich nur mit kleinen Buchstaben, was auch dann sensationell wirkt, wenn man die Gedichte an sich nicht versteht.



Ein schweres Straßenbahnunglück in Zürich.

= **Freie Bahn den Schwiegermüttern.** In London haben sich die Schwiegermütter zu einem Klub vereinigt, um ihre berechtigten Interessen wahrzunehmen. Die Veranlassung zur Bildung dieses gefahrdrohenden Klubs bot ein Prozeß, in dem eine Schwiegermama gegen ihren bösen Schwiegersohn auf 100 000 Mark Schadenersatz klagte, weil er ihr verboten hatte, seine Wohnung zu betreten. Außerdem forderte sie von dem Gerichtshof die gesetzliche Ermächtigung, zu jeder Tages- und Nachtzeit ihre Tochter zu besuchen. Der Anwalt der Schwiegermutter schilderte in erschütternder Weise die irdischen Leiden dieser Menschengattung. Sogar der Mutterliebe der Tiere werde größere Achtung bezeugt als der Liebe der Menschenmütter, wenn sie zu Menschenschwiegermüttern herabsinken. Sie könnten ihren armen verheirateten Töchtern selten nur mütterlichen Trost ins Haus bringen, denn das Gros der Schwiegersöhne sei boshaft und brutal von Natur und reif, ausgerottet zu werden. Der Anwalt der unterdrückten Schwiegermutter fand jedoch in dem Anwalt des Schwiegersohnes einen ebenbürtigen Gegner. Er behauptete kurz und bündig, daß schlechthin sämtliche Männer Opfer ihrer Schwiegermütter seien und sich dauernd im Zustand der Notwehr befänden. Alle Ruhe, alle Harmonie einer Ehe entschwinde, sobald eine Schwiegermutter am Horizont erscheine. Dieser schrecklichen Ansicht schien ein bißchen auch der Richter zu sein. Er erklärte, daß eine Mutter, die ihre Tochter einem Manne anvertraue, drei Viertel ihrer Rechte verlustig gehe. Ein Schwiegersohn müsse zwar gestatten, daß seine Schwiegermutter ihre Tochter zwei- bis dreimal besuche, aber Schadenersatzansprüche gebe es nicht gegen einen unfreundlichen Schwiegersohn. Dieses Urteil war es, das die Londoner Schwiegermütter derart aufgebracht hat, daß sie mit dem Wahlspruch: „Offene Tür den Schwiegermüttern!" den Schutz- und Trutzbund gegen die Schwiegersöhne gründeten. Wie steht es aber mit den Schwiegermüttern der anderen Partei, mit denen der Schwiegertöchter? Sind die auch so schlimm?

Das Wasser muss weich sein



Sie erhöhen die Wirkung des Waschmittels ganz erheblich, wenn Sie vor Bereitung der Waschlauge einige Handvoll Henko in den mit kaltem Wasser gefüllten Waschkessel schütten. Henko macht hartes Wasser weich wie Regenwasser.

Zum Einweichen der Wäsche, zum Scheuern und Putzen ist Henko gleichfalls bewährt.

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda Seit 50 Jahren im Haushaltsdienst bewährt!

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?



41. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ohne Frage — aber es ist schwer arbeiten mit ihnen in einem modernen Betriebe."

„Sie meinen wegen des Wegbleibens zur Heuzeit?"

„Ja, und wenn es ihnen auch sonst einmal nicht paßt. Wie soll ich meine Förderung innehalten, wenn mir alle Augenblicke soundso viel Leute von der Arbeit wegbleiben? Nein — das kann nicht so weitergeh'n!"

„Aber wann sollen denn die Leute ihr Feld oder ihren Hauberg besorgen?"

„In ihrer freien Zeit. Oder ihre Angehörigen mögen's tun — wenn sich's wirklich noch lohnt."

„Sie sähen am liebsten überhaupt nichts mehr davon?"

„Es paßt nicht mehr in unsere Zeit. Das ist auch so ein Rückstand von früher. Ehe wir nicht damit aufräumen, kommen wir hier niemals richtig voran."

Sie fühlte, er hatte wohl recht. Aber sie wollte es ihm nicht zugeben. Es lehnte sich überhaupt etwas in ihr auf gegen seine bestimmte Art, die keinen Widerspruch duldete. Und sie besann sich: so war das von jeher gewesen zwischen ihnen. Diesen Kampf um ihre Persönlichkeit, schon als Kinder hatten sie ihn geführt.

Aber ging es denn wirklich darum? Schärfer prüfte sie sich. War es bei ihr vielleicht nicht mehr als ein eigenwilliger Stolz, der sich nichts vergeben wollte? Vor keinem, wer es auch war.

Aber war das, im Grunde genommen, ihrer würdig?

Eke wurde nachdenklich. Sie war nicht ganz zufrieden mit sich.

Weiter setzten sie ihren Weg dabei fort und gelangten abermals zu einem Betriebspunkt. Jedoch die Arbeit stockte hier. Die Männer umringten einen in ihrer Mitte, der sich den vorgestreckten Arm hielt. Rasch war Bertsch bei ihnen.

„Was ist passiert?"

„Ach — nichts weiter," gab der Verletzte Auskunft. „Ein scharfer Stein ist mir auf den Arm gesprungen."

Doch unter dem pressenden Daumen quoll heftig ein rotes Rinnsal hervor. Auch Eke, die jetzt selber herangekommen war, gewahrte es.

„Geben Sie mir den Arm," forderte sie, und mit kundigem Griff komprimierte sie die getroffene Ader, bis die Blutung stand. Dann zog sie aus der Tasche ihres Grubenanzugs ihr Batisttüchlein und legte es über die Wunde.

„Und nun — Ihr eigenes Tuch!"

Der Mann reichte es ihr, und sie machte damit einen festsitzenden Verband.

„So — jetzt ist keine Gefahr mehr. Aber Sie täten doch gut, mit der Arbeit aufzuhören."

„Ja, fahren Sie nur aus und gehen Sie nach Hause," stimmte Bertsch zu. Dann aber wandte er sich im Weitergehen an Eke.

„Sie machen mich staunen. Woher kommen Ihnen denn diese Künste?"

„Oh — ich habe einmal vor Jahren einen Samariter-Kursus mitgemacht. Leider habe ich seitdem nur keine Gelegenheit gehabt, das Gelernte zu betätigen. Nun aber freut's mich, daß ich doch noch was davon verstehe."

Ihre Wangen hatten sich lebhaft gefärbt. Etwas Warmes, weich Weibliches war in ihrem ganzen Wesen.

Mit stillem Verwundern bemerkte es Bertsch und ahnte plötzlich: In dem selbstsicheren Mädchen, das so helläugig und stark ins Leben schaute, war auch ein Unerfülltes, das heimlich Sehnen trug. Aber noch mehr wohl noch, als nur nach der Betätigung ihrer Hilfsbereitschaft. Das Weib in ihr, das der Blüte nahe war, mochte verlangen, in schmerzlichem Entbehren, nach seiner natürlichen Bestimmung. Da sah er sie an, mit ganz anderen Augen.

Eke von Grund fühlte dies Forschen in seinen Blicken, das Schleier von ihr zu heben schien, und sie verlor ihre Sicherheit. Schneller schritt sie vorwärts und mahnte schließlich, es sei nun Zeit für sie, wieder nach oben zu kommen.

So gingen sie denn zum Schacht und stiegen wieder auf den Förderkorb. Aufwärts schwebten sie. Der erste bläuliche Dämmerschein brach von droben in ihre Nacht, und jetzt flutete das Sonnenlicht golden über sie. Wie das liebe Leben, voller Kraft und Frohheit. Dankbar atmete Eke da auf, nach den langen Stunden drunten in der Tiefe.

Als sie ein erfrischendes Bad genommen und ihre gewohnte Kleidung wieder angelegt hatte und nun hinaustrat in den Vorraum, wartete dort Bertsch schon auf sie. Sie wollte sich verabschieden, aber er trat an ihre Seite.

„Ich begleite Sie noch ein Stück, wenn Sie erlauben."

Und er führte sie noch durch die Tagesanlagen. Als sie an den neuen Röstöfen vorbeikamen, blieb Eke stehen. Gerade wurde auf einen frisch aus dem Ofen gezogenen Erzhaufen ein Wasserstrahl gelassen, der zischend zerstob. Weißer Wrasen wallte auf, und dann bläulich, schweflig dunstender Rauch, der schon weithin die Aufbereitungsstätte ankündigte. Vor dem noch dampfenden Erzhaufen standen mehrere Mädchen, grobes Sackleinen als Schürzen vorm Leib und Tücher dicht um den Kopf gewunden. Mit langen Haken suchten sie den Brand aus dem gerösteten Erz aus, die unbrauchbaren Stücke.

Nachdenklich blickte Eke zu ihnen hin und sagte plötzlich ernst:

„Ein schweres Leben, und doch könnte ich diese Frauen beneiden."

Verwundert sah Bertsch sie an. Sie aber ließ die Augen nicht von den Arbeitenden. So sprach sie, halb zu sich selber:

„Wenn die da ihr Tagwerk vollbracht haben, können sie stolz sein und zufrieden. Sie haben etwas geleistet. Aber unsereiner?"

(Fortsetzung folgt.)

ausschuß zum Artilleristentag 1930 W. Hannibal, Wolfenbüttel, Harztorplatz 4.

—* **Wassermangel und ländliche Feuerlöschteiche.** Bei manchen Bränden auf dem Lande werden wertvolle Gebäude und Ernteerzeugnisse nicht selten vom Feuer vernichtet, weil die Feuerwehr infolge Wassermangels nicht so eingreifen konnte, wie es notwendig war. Wassermangel auf dem Lande bedeutet in der Tat in solchen Fällen eine große Gefahr für den einzelnen Besitz und für die Dorfgemeinde überhaupt. Leider aber gibt es zu wenig Löschteiche, die sauber genug und geeignet sind, bei Brandunglück rasch ausreichendes Löschwasser zu liefern. Nicht selten trocknen die Löschteiche alter Art im Sommer aus, sind über und über mit Gestrüpp bewachsen und mit Schlamm, Scherben und Abfall aller Art gefüllt, sodaß die beste Feuerwehr sie im Notfall selbst bei bestem Willen nicht ihrer Bestimmung gemäß benutzen kann. Hier gibt es in der Tat eine dankbare Aufgabe für Gemeinden und Kommunenverwaltungen, Gemeindevorsteher und Bürgermeister. Zu jeder Zeit des Jahres sollte ein Feuerlöschteich in allen Gemeinden mit brauchbarem Wasser gefüllt und ein Schmuckstück jeder Gemeinde sein. Mancherorts hat man gemauerte, verdeckte Wasserkeller angelegt, die Regenwasser und Wasser aus vorüberfließenden Bächen für Brandfälle ansammeln. Wie in der einzelnen Gemeinde die überaus wichtige Löschwasserfrage am besten gelöst wird, muß den jeweiligen örtlichen Verhältnissen überlassen bleiben. Die Hauptsache ist, daß sie überhaupt und zwar gründlich und für die Dauer gelöst wird. Mancher Feuerwehrmann und Erwerbsloser würde hier gern willige Hand bieten, um mitzuhelfen, für die einzelne Landgemeinde bei verhältnismäßig geringen Kosten etwas Dauerndes und Gutes zu schaffen.

Halver

—0 **Polizeiliches.** Gefunden. Eine Geldbörse mit Inhalt. Eigentumsansprüche sind im Amtshause Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—† Gestern früh um 9 Uhr starb in seinem 76. Lebensjahre der Fabrikant Carl Limprecht zu Schneehohl. Gebürtig aus hiesiger Gemeinde, setzte er den von seinem Vater gegründeten Betrieb weiter fort und erweiterte denselben. Neben seiner beruflichen Tätigkeit widmete er auch Zeit und Kraft der Allgemeinheit und Oeffentlichkeit, auch auf verschiedenen anderen Gebieten war er ehrenamtlich bei verständnisvoller Einsicht erfolgreich tätig. Durch seine offene und biedere Gesinnung, sein freundliches, teilnehmendes Wesen erwarb er sich die Zuneigung und Liebe aller, die mit ihm in Berührung kamen. Der Weltkrieg raffte ihm seinen ältesten Sohn dahin, und nach demselben starb auch der jüngste Sohn, so daß ihm nur die einzigste Tochter verblieb. Diese Schicksalsschläge wirkten erschütternd auf ihn ein. Seit dem vorigen Jahre war er nach 50jähriger Mitgliedschaft Ehrenmitglied des hiesigen Landwehrvereins. Mit ihm ist ein Ehrenmann in des Wortes vollster Bedeutung geschieden, dessen Andenken über das Grab weiter leben wird.

—l Der Kolonialwarenhändler Robert Brocksieper hierselbst vollendet am heutigen Samstag sein 71. Lebensjahr. Eine seltene körperliche und geistige Frische ist dem Geburtstagskind noch eigen. Fast tagtäglich geht er mit einer großen Last Waren in die Gemeinde und bringt selbige zu den Familien. Ein köstlicher Humor ist sein eigen und hilft ihm über manchen Aerger hinweg. Wir entbieten dem Geburtstagskinde unsern herzlichsten Glückwunsch und wünschen ihm noch manches Jahr in Gesundheit und Frische.

—l Die **Vereinigung ehem. Gardes du Corps** von Rheinland und Westfalen feiert am Samstag, dem 11. und Sonntag, dem 12. Oktober gemeinsam mit dem Gardeverein Mülheim-Ruhr ihr 25jähriges Jubiläum, letzterer begeht sein 35jähriges Gründungsfest, in sämtlichen Räumen der Stadthalle. Das Jubelfest beginnt mit einem Appell am Sonnabend, dem 11. Oktober nachm. 4 Uhr im Park-Hotel Mülheim-Ruhr. Die offizielle Feier nimmt abends 8,15 Uhr ihren Anfang. 11,30 Uhr wird bei Beleuchtung des gesamten Ruhrufers und der Stadthalle der große Zapfenstreich geblasen. Am Sonntag, dem 12. Oktober soll vormittags 10,30 Uhr eine Dampferfahrt ins herrliche Ruhrtal unternommen werden. Die Schlußfeier findet an gleichem Tage nachmittags 4 Uhr im Kurhaus statt. Freiquartiere sind in genügender Zahl vorhanden und sind bis zum 20. September zu beantragen. Anmeldungen für den hiesigen Bezirk nimmt Kamerad Rich. Rentrop in Schmidthausen bei Halver entgegen, der auch bereitwilligst weitere Auskunft gibt.

Kierspe

—s **Besitzwechsel.** Der Gasthof „Zum Nordpol" (Besitzer Gustav Reppel) ging durch Kauf an einen Käufer aus Hagen über.

pn **Lüdenscheid,** 13. Sept. Empfindliche Strafe für einen ungetreuen Katasterbeamten. Der seit 10 Jahren beim Kataseramt Lüdenscheid tätige Katasteroberssekretär T. hatte sich gestern vor dem Hagener erweiterten Schöffengericht wegen Veruntreuungen zu verantworten, die er in den Jahren 1926 bis 1928 begangen hat. Es handelt sich hier um Unterschlagung von Messungskostenvorschüsse und Katasteramtsgebühren. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 3700 RM. Um die Entdeckung der Fehlbeträge hinauszuschieben, hat T. dann auch noch einen Brief seines Vorgesetzten zum Teil vernichtet und diesem ferner eine Verfügung der Regierung in Arnsberg über diese Angelegenheit nicht ausgehändigt, sondern ebenfalls vernichtet. Wie er angab ist er dadurch zu den Verfehlungen gekommen, daß er einmal aus einem von ihm unberechtigterweise kassierten Betrag einen Teil für sich behalten hat. Er konnte dann fernerhin das Defizit nicht decken und geriet von einem zum andern. In der letzten Zeit vor seiner Entdeckung hat er sich dem Trunke ergeben, wie er sagte, um über die Bedrückung durch das Schuldgefühl hinwegzukommen. Insgesamt kommen etwa 200 Unterschlagungsfälle in Frage. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre Zuchthaus, da für die Beseitigung der oben bezeichneten Schriftstücke der § 349 in Frage komme. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre. Es war der Ansicht, wegen des einwandfreien Vorlebens des Angeklagten und weil der Fehlbetrag zur Hälfte gedeckt worden ist, nicht mit einer Zuchthausstrafe gegen ihn vorgehen zu wollen und nahm zu seinen Gunsten an, daß die Beseitigung der Urkunden nicht erfolgt sei, um einen Vorteil zu erlangen, sondern um nachträglich nach Möglichkeit eine Bestrafung zu vermeiden. Immerhin sei aber die Strafe nicht zu gering zu bemessen und auch wegen des schweren Vertrauensbruches Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auszusprechen. Der vom Staatsanwalt beantragte Erlaß eines Strafbefehls komme nicht in Frage, da der Angeklagte bereits seit einem Jahre überführt sei und trotz der zu erwartenden hohen Strafe anscheinend mit Rücksicht auf seine Familie keinen Fluchtversuch unternommen habe.

Rummenohl, 13. Sept. Wiederaufnahme des Betriebes. Die Westdeutschen Sprengstoffwerke A.-G., Abteilung Rummenohl, haben die vor kurzem entlassenen Arbeiter wieder eingestellt und den Betrieb in vollem Umfange aufgenommen. Während der Störungsbeseitigung haben sich die Auftragseingänge, vornehmlich des Auslandes, wesentlich gebessert. Nicht zuletzt dürfte die Explosion der Sprengstoffwerke in Nancy (Frankreich) dazu beitragen.

Dortmund, 13. Sept. Dauerrekord im Klavierspiel. 90 lange Stunden saß gestern der Dauerrekordklavierspieler Heinrich Arntz nun schon bald am Klavier. Auf 96, ja auf 100 Stunden will er es bringen. Nur 15 kurze Minuten innerhalb der 24 Stunden darf er den Klaviersessel verlassen. Heinrich Arntz wird von seinen Getreuen während des Spiels mit Speis' und Trank, mit Zigaretten versorgt, und er hält unverdrossen auf seinem schwierigen Posten aus. Manchmal sang er noch sogar zu den flott und kräftig über die Tasten gewirbelten Schlagern! Minutenlang spürte man wohl den Kampf gegen übermächtige Müdigkeit, aber schnell wurde wieder Wille zum Sieg, zum Rekord, stärker. Zuversichtlich klingen die Worte des Managers: „Diesmal zwingen wir 100 Stunden!"

Langenholthausen, 12. Sept. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Gehöft des Landwirts Gosken. Ein Dachdeckermeister aus Garbeck unternahm eine Reparatur an einem elektrischen Heuaufzug. Er hatte zwischen den Gabeln des Aufzuges ein Brett angebracht, um sitzend die Reparatur in dem Aufzug auszuführen. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise setzte sich der Aufzug in Tätigkeit und der Dachdecker wurde, nachdem er mit rasender Geschwindigkeit hochbefördert worden war, an der Bodenluke aus dem Aufzuge aus 16 m Höhe herausgeschleudert. Mit einer klaffenden Kopfwunde und schweren inneren Verletzungen mußte der Bedauernswerte dem Balver Krankenhaus zugeführt werden.

Kürten, 11. Sept. Die gefährliche Dhünnbrücke. Auto mit 5 Personen stürzt in die Dhünn. Gestern nachmittag ereignete sich an der Dhünnbrücke, unterhalb Landenberg, ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Dort fuhr ein Personenauto, das mit fünf Personen besetzt war, gegen das Brückengeländer. Dieses gab nach, und das Fahrzeug fiel mehrere Meter tief in die Dhünn. Eine Dame erlitt dabei einen Beinbruch und Schnittwunden. Die anderen Insassen kamen mit dem Schrecken davon. Das Fahrzeug war schwer beschädigt. Es ist nicht das erste Mal, daß an dieser Stelle Autos verunglückt sind. Es handelt sich um eine Gefahrenstelle, deren Beseitigung unbedingt verlangt werden muß.

Kettwig, 11. Sept. Eine plötzliche Trichterbildung. Auf dem früheren Zechengelände in Breitscheid, wo Bleierz und andere Erze gewonnen wurden, bildete sich plötzlich ein Trichter von 15 m Tiefe und von 35 m Durchmesser. Der Trichter füllte sich kurz darauf fast bis obenhin mit Grundwasser.

Edemissen. Oelfunde im Kreise Peine. In der Nähe von Berkhöpen wurde man auf dem Gelände des Großkötners Fritz Ahrens bei einer Bohrung auf Oel fündig. Der Oeldruck schleuderte das Bohrgestänge bis in den Bohrturm, und eine starke Oelsäule stieg bis in eine Höhe von 15 Metern auf. Um den Turm herum wurden Wälle aufgeschüttet, die das Oel festhalten sollen.

Goslar. Goslars Forst ertraglos. Alljährlich bereisen Magistrat und Bürgervorsteher Goslars die städtische Forst, die mit ihrem ausgedehnten Gebiet und einem Wert von etwa 5 Millionen Reichsmark ein beachtenswertes Kapital ist und dementsprechend gehütet und gepflegt wird. Leider mußten der Oberbürgermeister und der Forstmeister in diesem Jahre erklären, daß die Forst bei den jetzigen Holzpreisen unrentabel geworden. Damit geht dem Haushalt der Stadt ein beträchtlicher Gewinn verloren. Man hat die Absicht, durch Einführung der Plänterwirtschaft den Ertrag günstig zu beeinflussen.

Wernigerode. Neue Flugzeughalle in Wernigerode. Unter großer Beteiligung aller Kreise wurde hier auf dem Flugplatz eine neue Flugzeughalle eingeweiht. Nach der Uebergabe an den Verein zur Förderung der Luftfahrt durch Stadtrat Renke fand in der Halle eine kleine Feier statt.

Osterode. Siedlung Klein-Vienenburg. Die Stillegung der Vienenburger Kaliwerke hat einen großen Aufschwung der hiesigen Kaliförderung zur Folge gehabt, so daß eine ganze Anzahl von Vienenburger Bergleuten hier beschäftigt werden kann. Für ihre Unterbringung wird auf dem Gelände der abgerissenen Fabrik Titania eine Siedlung errichtet, die im Volksmunde „Klein-Vienenburg" genannt wird.

Zuchthaus für einen Postaushelfer.

Amtsunterschlagung, schwere Urkundenfälschung und Urkundenbeseitigung führte den früheren Postaushelfer Johann B. aus Wulsdorf vor das Gericht in Wesermünde. B., der als Postaushelfer in Beamteneigenschaft tätig war, hatte u. a. die Bestellung von Briefen, Geld- und Nachnahmesendungen und ferner die Einziehung von Zeitungs- und Rundfunkgeldern zu erledigen. Bei einer Reklamation stellte sich heraus, daß er in den Monaten März bis Juni 1930 in zahlreichen Fällen sich der Amtsunterschlagung und der Urkundenfälschung schuldig gemacht hatte. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 1 Jahr Zuchthaus.

Familien-Nachrichten.

Geboren:

Ein Sohn Alfons Kratz und Frau Paula geb. Winter, Kierspe

Vermählte:

Artur Möher und Frau Anna geb. Eckern, Vorderste Berg und Werfelscheid, — Ernst Erwin Paul Korthaus und Frau Agnes Maria Magdalene geb. Baraniak zu Rölvede. Ernst Alfred Windfuhr und Frau Martha geb. Bauckhage, Oenneking und Mark.

Gestorben:

Ww. Wilhelmine Drienhaus geb. Schürmann zu Glör b. Dahlerbrück, 82 Jahre alt. — Ehefrau Johann Eckhardt, Anna geb. Stommel zu Halver, 60 J. alt. — Friedrich Wilhelm Schmermbeck, Altenhülscheid 45 Jahre alt. — Karl Limprecht zu Schneehohl, 75 J. alt. — August Kattwinkel zu Brügge 70 Jahre alt.

Geschäftliches.

Die Heimvolkshochschule Lindenhof in Bethel bei Bielefeld hat ihren Sommerlehrgang beendet. Er war von jungen Mädchen besucht, die fast alle aus Westfalen und Lippe stammten. Das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man immer mehr die Notwendigkeit erkennt, unsere heranwachsende Jugend noch in besonderem Maße für die Aufgaben zu schulen, die heute der Beruf, das persönliche Leben und unser Volksleben in steigendem Maße stellen. Neben dem Unterricht, der einerseits das Wissen bereichert, andererseits aber besonders zu selbständigem Denken und Urteilen anleitet, kam auch die Pflege edler Geselligkeit zu ihrem Recht. Ergänzt wurde der Unterricht durch Besichtigungen von Fabriken, landwirtschaftlichen Betrieben, Wohlfahrtseinrichtungen der Inneren Mission und des Staates. Wanderungen in die nähere Heimat und die Schlußfahrt in den Harz machten geschichtliche Erinnerungen lebendig und zeigten etwas von der Schönheit und Mannigfaltigkeit der deutschen Lande. Bisher konnte der Lindenhof 478 Schülern und Schülerinnen dienen. Aus 40 Familien kamen 2, 3 oder mehr Söhne und Töchter. Das ist zweifellos ein gutes Zeichen dafür, wie der Wert der Volkshochschule von denen erkannt ist, die praktisch mit ihr in Berührung kamen. Im Winter finden Lehrgänge für junge Männer und junge Mädchen statt, sommertags nur für junge Mädchen. Der Winterlehrgang dieses Jahres beginnt am 1. November.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Landwehr - Verein Halver.

Unser verstorbener Kamerad

Ehrenmitglied

Karl Limprecht

Schneehohl

wird Montag, den 15. d. Mts. beerdigt. Zur Teilnahme an der Beerdigung wollen die Mitglieder nachm. 3,15 Uhr recht zahlreich am Vereinslokal antreten.

Der Vorstand.



Nachruf.

Gestern morgen 9 Uhr verschied nach kurzem Leiden unser hochverehrter Chef, der

Fabrikant

Karl Limprecht

Wir bedauern den Verlust eines wohlwollenden und gerechten Arbeitgebers, der sich durch seine seltene Herzensgüte, Leutseligkeit und Fürsorge in unser aller Herzen ein immer bleibendes Andenken gesichert hat.

Er ruhe in Frieden!

Schneehohl, den 13. Sept. 1930.

Die Arbeiter der Fa. Karl Limprecht.

Zur Herbstdüngung empfehle:

Amm.-Superphosph. 9×9
Amm.-Superphosph. 5×10
Thomasmehl 17,03%
zitrl. Phosphorsäure,
Kalisalz 40,4%
Kainit 14,3%
Knochenmehl 3¾×23%

C. Zimmermann.
Obl.-Bönkahl

Eicker-
Selbstführungspflüge
Wendepflüge
Schälpflüge
U.-Eisen-Eggen Mk. 45.-
Ersatzteile u. Reparaturen
aller vorkommenden Pflüge.
Aug. Eicker jr., Schwenke
Fernsprecher 261 Halver.

Im
„Haro" Glasfüllhalter
besitzen Sie mehr als einen gewöhnl. Füllhalter



Stück zu 3 u. 3.50 M.
auswechselbare Feder
— 30 Pfg. —

Alle Durchschriften mit „Haro"
Sie können den „Haro" steil wie einen Griffel halten und erzielen dadurch 3 und mehr scharfe — Durchschriften —



vorrätig in der Buchhandlg
Wilh. Bell jr.,
Halver

Heeresbestände und Gelegenheitskäufe

Marine-Bekleidung

ca 40000 Pakete bereits versandt. Nur neue Ware. Bestände aus geöffneten Kleiderkammern der ehem. Marine und des Heeres, wegen Einführung einheitlicher Farben ausgemustert. Dauernde Nachbestellungen ergaben 40000 Postpakete!

Marinehosen, direkte Maßanfertigung — Bei Hosen Bund- und Schrittweite angeben

Marinehosen, orig. marineblau, aus Original-Stoffballen nach Maß angefertigt, Schlitz- oder Latzhosen, 18.— 13.50 Mk. Orig. Marine-Arbeitszeug, Brauntuch od. Zeltbahnstoff: Mk. 12.— Marinewollsocken: Paar 75 Pfg. u. 1.—Mk. Wollstrickfingerhandschuhe: 1.25, gef. Fausthandschuhe: 1.25, Röhrenleibbinden [reine weiße Wolle]: 1,50, Wollstrickjacken, grau, blau, dklgrün, je nach Eing., mit lang. Aermeln, kann auch die Frau tragen, St. M. 4.—, (3 St. M. 11.—; Wollschal, obige Farb., St. 1. ; Schnürschuhe, Ia. Rindleder, bequeme Paßform, M 12.— 10.—; Schaftstiefel, Ia. M. 17,50. Oelluchmäntel (Lotsenmäntel) wasserdicht, schwarz od. gelb Mk.20.

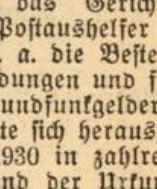
Pferde- und Schlafdecken

Woylachs (Riesendecken, ca. 2.30 m. groß) M. 9,50, 3 St. 27.—. Pferde- oder Schlafdecken, ca. 4 Pfd. schwer, 200/140. Sorte I: 6.— 3 St. 15.—; Sorte II: 4.—, 3 St. 10.—. Schlafdecken, kamelfarb. herrlich gemust. weich wie Butter, M. 8.—, 3 St. 22.—, Divandecken, m. Franz., Orientmust. 260/130: 7,50 M. Magazin- oder Betriebshandtücher, 100 cm. lang unverwüstl. St. 55 Pfg. Dtzd. M. 6.—. Plüschpantoffel, alle Größ. 35—46 m. Gummisohle, unverwüstl. Paar 1.60 M. Offizierswollsocken, schwere Wolle, grau, schwarz, kamelf. P. 2.— 3 P. 5,50 M. Drillichhosen 4,50, Jacken 4.50 M.

Porto bis 2 kg 0,50 5 kg. 1,— ab Mk. 12 ,— portofrei.

Textil-Rosacker, Kiel, Marine-Bekleidung.

Annonce ausschneiden! Erscheint nur einmal!



Es gibt

verschiedene Fabrikate in Konservengläsern u. Sterilisierapparaten, von denen jedes als das beste, vollkommenste und praktischte angepriesen wird.—

Aber es gibt nur ein

wirklich erstklassig., vorzüglich bewährtes, tadellos funktionierendes u. durchaus preiswertes Fabrikat in

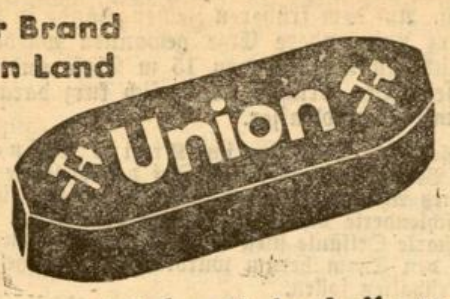
Konservengläsern u. Sterilis.-Apparaten, die führd. Weltmarke

WECK

Von keiner Nachahm erreicht. Zu haben bei

Wilh. Bell jr.
Halver.

Als bester Brand
im ganzen Land



Ist das Unionbrikett bekannt.

Bei Zahlungs-Schwierigkeiten

fordern Sie fachmännisch. Rat ein, bei

Steuerberater

Adam Zapf,

Lüdenscheid.

Wermecker Grund 14

Achtung!

Brautleute!

Herde, Oefen, Wasch-Maschinen

kaufen Sie nirgends so billig und gut, wie bei

Hasse & Sohn

Außerdem gewähren wir trotz unserer

enorm niedrigen Preise noch — 10 Prozent Rabatt —

bei Kassazahlung.

Franko Hauslieferung u. Aufstellen. Unsere schriftliche Garantie lautet:

Bessere Herde, Oefen, Waschmaschinen, als wir führen, gibt es nicht

Fachmänn. Bedienung!

Tausende anspruchsvolle Hausfrauen kauften bereits in unseren Geschäften!

Hasse & Sohn

Lüdenscheid i. W.

Knapperstraße 52, b. d. Christuskirche.

Altenaerstraße 3, neb. der Post.

Telefon 3216.

Für Landwirte:

Kartoffelkörbe 20 Pfd. 90 ₰ (stabil) 30 Pfd. 1,10 M.

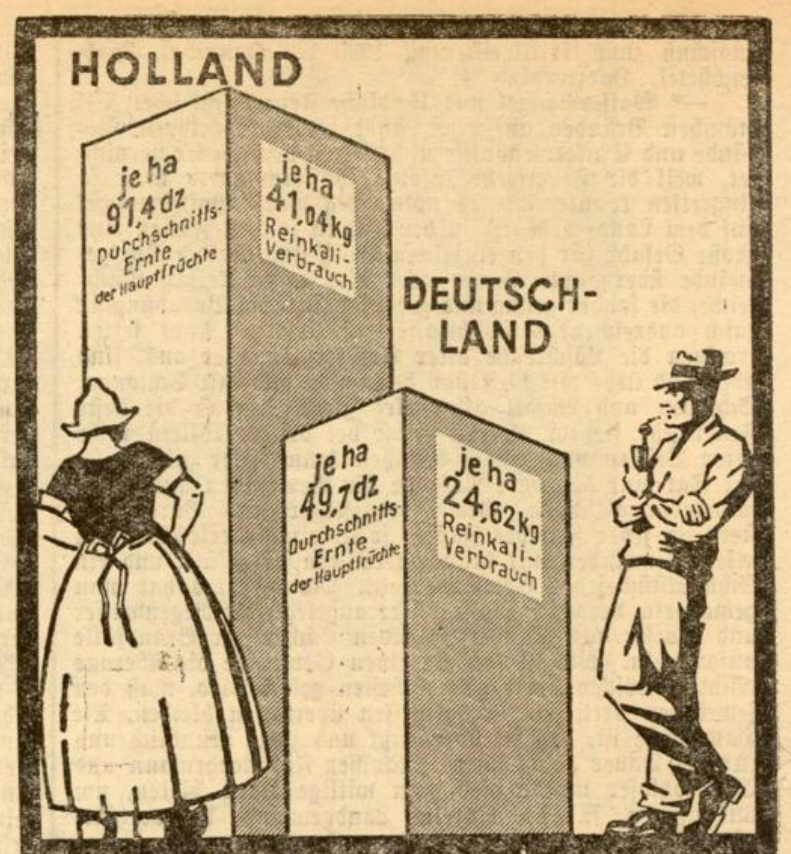
Jeden Mittwoch nachmittags von 2 bis 6 Uhr halte ich in Rönsahl Restaurant Vormann

Sprechstunde

ab.

Adolf Rieger, Heilkundiger

Homöopathie. Biochemie Naturheilkunde.



In Holland

ist es längst bekannt,
daß Kalisalz macht reich das Land.
Drum soll die Ernte Dich erfreun,
Mußt ebensoviel **KALI** streun!

Auskunft in allen Düngungsfragen erteilt:
Deutsches Kalisyndikat, Ldw. Auskunftsstelle
Münster, Achtermannstraße 4.

Achtung! Wähler!

In der üblichen Art wird in den letzten Tagen von verschiedensten Seiten mit

Verleumdungen und unwahren Behauptungen gegen die Deutsche Volkspartei

gearbeitet. Die Deutschnationale „Westfälische Wacht" schreibt von „Verrat der Deutschen Volkspartei an der schwarz-weiß-roten Fahne" und wirft ihr „Irreführung des Volkes" vor. Der „Jungdeutsche" erfindet wieder „Führerkrisen" in der Deutschen Volkspartei.

Wir bitten unsere Wähler, all diese und ähnliche Bemühungen für das anzusehen, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich:

Plumper Stimmenfang und plumpe Wahlmache.

Unser Kampf geht eindeutig

gegen die sozialdemokratische Vorherrschaft

und

für gesunde Reformen.

Wählt Liste 5!!

Gewählt wird nur bis 5 Uhr!

Deutsche Volkspartei.

Wähler-Achtung!

Nur eine Partei!

die wirklich in der Mittte steht, kann die ersehnte Einigung aller staatsbürgerlich Denkenden herbeiführen. Das kann keine Flügelpartei, das kann nur

die Partei der Mitte!

das kann nur eine starke Deutsche Volks - Partei..

Darum wählt Liste 5

Deutche Volkspartei!

---

6 **ACHTUNG!!** 6

Deutsche Staatsbürger!!

Keine Stimme

für Liste 7a

Liste 7a ist ein Wahlschwindel der verkrachenden Wirtschaftspartei. Es gibt nur eine

Deutsche Staatspartei

LISTE 6!!

6 Höpker Aschoff - Kelm 6



Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

DORTMUND

Schmiedingstr. 16

Fernsprecher: Dortmund 34187

BÜROS:

BERLIN N 24, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik); BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90; DORTMUND, Südwall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DÜSSELDORF, Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; Frankfurt a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Str. 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Weißenburgstr. 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger Straße 33

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreter.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am **4. November 1930,** vorm. 10,30 Uhr, an der Gerichtsstelle, Zimmer 95, versteigert werden, die im Grundbuche von Hülscheid Band 10, Blatt Nr. 154, eingetragenen Eigentümer am 30. Juli 1930, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks, der Architekt **Hugo Nolte zu Dahlerbrück** eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Hülscheid, Kartenblatt 11, Parzellen Nr. 656/84, 657/83, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, 6 Ar 17 Quadratmeter groß, Nutzungswert 540 Mark.

Lüdenscheid, den 2. September 1930.

Das Amtsgericht.

Ueber das Vermögen des **Schneidermeisters Ewald Markus** zu Felderhof bei Kierspe Nr. 694 ist heute 3 Uhr nachmittags der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt Dr. Kurz zu Meinerzhagen. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 20. September 1930. Anmeldefrist bis zum 26. September 1930. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 9. Oktober 1930, vorm. 10,15 Uhr, im hiesigen Amtsgericht, Zimmer Nr. 8.

Meinerzhagen, den 3. September 1930.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

In das Handelsregister B Nr. 16 ist heute bei der **Kreis Altenaer Eisenbahn-Aktiengesellschaft** in **Lüdenscheid** folgendes eingetragen: Der Direktor Hermann Huvendick in Lüdenscheid ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Der Direktor **Paul Lockert in Lüdenscheid** ist zum alleinigen Vorstandsmitglied bestellt. Als stellvertretendes Vorstandsmitglied ist der Bürgermeister **Max Krumm** in **Lüdenscheid** bestellt.

Lüdenscheid, den 9. September 1930.

Das Amtsgericht.

Gratis

erhält jeder Kranke der d. Anzeige und kleines Fläschchen Morgenurin einsendet, nach neuer Methode Krankheit genau festgestellt und Rezept zugesandt. Alter ang. Viele Dankschreiben!

Reformheiler Bohmann, Twistringen (Bremen).

Kunst-Blätter

lose und gerahmt

Wilh. Bell jr.,

Halver.

Futtermittel

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Mais,
Maismehl,
Gerstenschrot,
Gerstenfuttermehl,
Geflügelfutter,
Kükenfutter,
Legemehl,
Futterweizen,
Leinmehl,
Laktina,
Lupinen-Fischmehl
Weizenkleie,
Pferdehäcksel,
Pferdemelasse,
Kochsalz,
Viehsalz.

Carl Zimmermann

Ohl-Rönsahl

Telefon Nr. 11 Rönsahl.



Steinzeug-Töpfe

1—10 Liter

wieder vorrätig

Wilh. Bell jr.,

Halver.